

1. März 2007 / Nr. 55

KOFF – swisspeace

- Afghanistan-Rundtisch zur Zusammenarbeit mit religiösen Strukturen
- KOFF-Workshop „From working in conflict to working on conflict“
- KOFF-Beratungs- und -Ausbildungsaufträge

Schwerpunkt

- Traditionelle Strukturen als Partner der zivilen Friedensförderung

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- Bemühungen der Quaker auf dem Gebiet der Nachfrage nach leichten Waffen
- Intercooperation-Training zu Konfliktsensitivität im Kosovo
- CIMERA-Projekt für mehrsprachigen Schulunterricht in Georgien
- Peace Watch Switzerland bleibt in Südmexiko präsent
- Landkampf auf den Philippinen: HEKS-Partnerorganisation schlägt Alarm
- GSoA kritisiert gestiegene Schweizer Kriegsmaterial-Exporte

Schweizer Regierungsstellen

- Aktionsplan zur Genfer Deklaration zu Waffengewalt und Entwicklung
- Retraite zu Mediation der Frankophonie
- Empfehlungen des EDA für das Engagement in fragilen Staaten
- Strategie und neue Leitlinien der DEZA im Kampf gegen die Korruption
- Neues COPRET-Projekt zu den Lehren aus der Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten

Internationale Partnerorganisationen

Veranstaltungen, Publikationen, Webtipp

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.org/koff

Schwerpunkt

Links

Dieser Schwerpunktartikel stammt von Tobias Hagmann. Hagmann hat im Rahmen des Umweltkonfliktmoduls des „National Centre of Competence in Research North-South“ (NCCR North-South) traditionelle und staatliche Strategien zu Konflikt- und Ressourcenmanagement im östlichen Tiefland von Äthiopien erforscht. swisspeace ist institutioneller Partner des NCCR North-South.

Traditionelle Strukturen als Partner der zivilen Friedensförderung

Älteste und andere traditionelle Führer spielen in vielen Entwicklungsländern, in denen die Behörden unfähig oder nicht willens sind, eine staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten, eine wichtige Rolle. Dies ist insbesondere bei der Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit und bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen der Fall. Einerseits erhalten Älteste und andere indigene Strukturen durch die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols Auftrieb. Andererseits werden sie durch Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprogramme externer Akteure (wieder-)belebt, da sie für diese wichtige Partner in der Projekteinführung darstellen. Dieser Schwerpunktartikel behandelt einige Schlüsselfragen, die sich aus dieser Situation ergeben.

In vielen Entwicklungsländern konzentrieren sich staatliche Interventionen und Politiken auf grössere Städte, während ländliche und entlegene Gebiete faktisch von nichtstaatlichen Akteuren wie Ältesten regiert werden. In verschiedenen Ländern Afrikas, des Mittleren Ostens und Asiens spielen einige dieser traditionellen Führer eine wichtige Rolle bei den Bemühungen, funktionierende Gemeinwesen aufzubauen und bewaffnete Konflikte zu lösen. Ein gutes Beispiel ist Afghanistan, wo sowohl nationale Politiker wie auch die internationale Gemeinschaft mit der „loya jirga“, einer landesweiten Versammlung von Stammesführern, zusammenarbeiteten. Die Stammesversammlung legitimierte 2001 den durch das „Bonn Agreement“ begründeten politischen Prozess und ratifizierte 2003/2004 die neue afghanische Verfassung. Ein anderes Beispiel ist Somaliland. Hier spielten Stammesälteste zu Beginn der 1990er Jahre eine wesentliche Rolle, als es darum ging, Blutvergiessen zu beenden, ein Friedensabkommen zu verhandeln und neue staatliche Institutionen aufzubauen. In anderen afrikanischen Staaten erhielten Älteste in jüngster Zeit formell und informell den Auftrag, Steuern einzutreiben, natürliche Ressourcen zu verwalten und lokale Konflikte zu schlichten. Ob dieser Trend ein Wiederaufleben oder – wie einige Ethnologen argumentieren – eher eine ununterbrochene Weiterführung alter Traditionen darstellt, sei dahingestellt. Sicher ist, dass traditionelle Oberhäupter in vielen Fällen die Lücken ausfüllen, die durch den Rückzug staatlicher Verwaltung entsteht.

Instrumentalistisches Verständnis externer Akteure

Die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von traditionellen Autoritäten erscheint auf den ersten Blick paradox: Das erklärte Ziel der internationalen Gemeinschaft ist der (Wieder-)Aufbau staatlicher Strukturen. Stichworte dabei sind Demokratisierung, Geschlechtergleichheit und die Achtung der Menschenrechte. Gleichzeitig werden aber genau diese Bemühungen in vielen schwachen Staaten – vor allem in Nachkriegsgesellschaften – durch mangelnde staatliche Instrumente, Kapazitäten und Legitimation verunmöglicht. Dies wiederum macht

die Zusammenarbeit mit traditionellen Strukturen unumgänglich, wobei der (Wieder-)Aufbau des Staates indirekt sabotiert wird. Wie haben Entwicklungsorganisationen und Akteure der zivilen Friedensförderung auf diese Herausforderung reagiert? Einige wiederkehrende Muster im Umgang mit traditionellen Strukturen können beobachtet werden, da sowohl staatliche wie nichtstaatliche externe Akteure häufig vom Wohlwollen traditioneller Anführer abhängen. Dies vor allem in Gesellschaften mit ausgeprägten Stammesstrukturen, in denen die Ältesten eine zentrale politische Stellung einnehmen.

Einerseits drängen sich Älteste aus der Perspektive externer Hilfsakteure wegen ihrer repräsentativen Funktion auf, da sie (angeblich) die Interessen der Gemeinschaft verkörpern und artikulieren. Dieser Trend wird noch verstärkt durch den gegenwärtigen Konsens in den Geberländern betreffend der Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft und lokale Gemeindeorganisationen zu stärken. Auf der anderen Seite sind Älteste oft in der Lage, die Projektimplementierung innerhalb lokaler Gemeinschaften durchzusetzen, Gemeindemitglieder zu mobilisieren und physische Sicherheit zu garantieren. Weitere Beiträge an die Projektrealisierung beinhalten beispielsweise die Verteilung von Nahrungs- und Hilfsmitteln sowie Konfliktlösungsaktivitäten. Aus diesen Gründen verfolgen viele Nichtregierungsorganisationen einen eher instrumentalistischen Ansatz im Umgang mit Stammesführern und Ältesten. Deren undemokratische und patriarchale Praktiken werden zwar nicht geschätzt, aber im Dienste der Projektimplementierung in Kauf genommen.

Die Illusion authentischer Autorität

Unabhängig von den Vor- und Nachteilen, welche die Zusammenarbeit mit traditionellen Autoritäten mit sich bringt, ist eine gewisse Vorsicht notwendig. Allgemein besteht die Tendenz, die Authentizität und moralische Überlegenheit von Ältesten und anderen traditionellen Anführern als gegeben anzuschauen und nicht zu hinterfragen. Im Unterschied zu korrupten Beamten oder Militärs werden erstere als aufrichtige, weise und uneigennützig handelnde politische Akteure betrachtet, die in Harmonie mit alten Bräuchen und im besten Interesse der Gemeinschaft handeln. Obwohl dies in einigen Fällen zutreffen mag, ist eine solche Betrachtungsweise oft irreführend. Erstens haben Forschungen gezeigt, dass so genannte „Traditionen“ oft erst in den letzten zwei Jahrhunderten im Zusammenhang mit kolonialem und postkolonialem Staatsaufbau erfunden worden sind. Zweitens haben Staaten in der Vergangenheit regelmässig ausgewählte traditionelle Führer für ihre politischen Zwecke kooptiert und sie durch die Verleihung von staatlichen Funktionen und Titeln faktisch angeheuert, während letztere sich untereinander um den Zugang zu staatlichen Ressourcen stritten. Heute, wo nichtstaatliche Entwicklungsakteure eine wichtige Rolle spielen, wetteifern Älteste und Stammesführer um die Kontrolle über die Nutzen internationaler Entwicklungshilfe und Friedensförderungsprojekte.

Traditionelle Konfliktlösungsnormen und -praktiken

Traditionelle Führer sind häufig äusserst erfahrene Mediatoren und Friedensstifter, die Konflikte zwischen verfeindeten Gruppen unbürokratisch und jenseits von staatlichen Gesetzen auf lokaler Ebene zu lösen vermögen. Oft entsprechen diese lokalen, traditionellen Vorgehensweisen nicht den westlichen Vorstellun-

gen punkto universeller Menschenrechtsstandards. Es ist wichtig, dies zu erkennen. Die internationale Friedensförderung hat aber alles Interesse daran, die Bemühungen traditioneller Akteure zu unterstützen. Dabei sollte sie es unterlassen, westlich geprägte Modelle alternativer Konfliktlösung zu propagieren. Stattdessen sollte sie in einem ersten Moment den sozialen Kontext traditioneller und lokal verankerter Friedensförderungstraditionen verstehen und dokumentieren. Erst dann können Strategien und Prozesse erarbeitet und unterstützt werden, welche die bestehenden Lücken zwischen traditionellen Konfliktlösungspraktiken und rechtstaatlichen Normen verkleinern oder schliessen. 16.02.2007

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [QUNO](#)
- [Geneva Forum](#)
- [Geneva Forum Activities on Small Arms and Light Weapons](#)
- [COAV](#)
- [Oxfam-Projekt im Norden Kenias](#)
- [WINAD](#)

Weitere Informationen:

[David Atwood](#)
[Aletia Dundas](#)

Bemühungen der Quaker auf dem Gebiet der Nachfrage nach leichten Waffen

Mitte Januar führte das „Quaker United Nations Office“ (QUNO) in Genf ein Expertentreffen unter dem Titel „Setting a new agenda for Demand Work“ durch. Die Veranstaltung vereinigte erstmals Experten verschiedener Facetten bei der Nachfrage nach leichten Waffen. Themen waren unter anderem Politikentwicklungen und politische Fürsprache, Forschung und Realisierung von Programmen vor Ort. Das Ziel des eintägigen Treffens bestand darin, einen Überblick über die aktuellen Trends zu geben, Erfolge auszumachen, bestehende Lücken und Mängel zu identifizieren und weitere Schritte und mögliche Programmentwicklungen zu umreissen. QUNO hofft, dass das erstmalige Treffen den Beginn weiterer Zusammenarbeit darstellt. Demnächst soll eine Publikation mit den Resultaten der Veranstaltung veröffentlicht werden. 17.01.2007

Anlässlich eines Besuches von drei Praktikern in Genf organisierte das „Geneva Forum“ eine Veranstaltung unter dem Titel „Lessening the Demand for Guns: Lessons from Ground level“. Das „Geneva Forum“ ist eine gemeinsame Initiative von QUNO, dem „United Nations Institute for Disarmament Research“ (UNIDIR) und dem „Programme for Strategic and International Security Studies“ des Genfer „Graduate Institute of International Studies“. Das Ziel dieses Treffens bestand darin, praktische Erfahrungen aus dem Feld nach Genf zu bringen. Mehr als fünfzig Interessierte nahmen daran teil.

Rebeca Perez Mellado ist Koordinatorin des brasilianischen Projekts „Children and Youth in organised Armed Violence“ (COAV) in Rio De Janeiro. Sie sprach über die Versuche, die Waffengewalt unter Jugendlichen mittels Aufzeigen von alternativen Lebensmöglichkeiten zu vermindern. Roselyn Mungai sprach über ihre Arbeit als Koordinatorin des Konfliktmanagement-Programms auf Gemeindeebene von Oxfam im Norden Kenias. Dieses organisiert unter anderem Friedenskomitees, die sich mit Regierungsvertreterinnen und –vertretern treffen und Sicherheitsfragen diskutieren. Folade Mutota vom „Women’s Institute for Alternative Development“ (WINAD) in Trinidad und Tobago sprach über eine Allianz von Organisationen aus der Zivilgesellschaft zum Thema.